

Proteste an der FU Berlin: Free Palestine auf dem Campus!

Pro-palästinensische Demonstrationen vor dem Otto-Suhr-Institut in Berlin; Universität verhandelt mit Protestierenden über friedliche Lösungen.



Heute versammelten sich etwa 30 pro-palästinensische Demonstrierende vor dem Otto-Suhr-Institut der Freien Universität in Berlin-Dahlem. Laut einem Polizeisprecher hielten die Demonstranten Transparente und riefen nach dem Motto „Free Palestine“. Die Polizei war vor Ort, konnte jedoch bisher keine Hinweise darauf finden, dass Demonstrierende in das Institut eindrangen. Die Freie Universität bestätigte die friedliche Protestaktion und unterhält Gespräche mit den Protestierenden über mögliche weitere Aktivitäten, einschließlich der Bereitstellung eines Raumes für eine Generalversammlung, die um 11 Uhr stattfinden soll, berichtet **rbb24**.

Historische Dimensionen und Konflikte

Das Otto-Suhr-Institut ist seit seiner Gründung 1959 herausragend in der politischen Bildung und Forschung aktiv. Von den frühen Auseinandersetzungen um die Struktur der Hochschule bis hin zu aktuellen Protesten, die über die letzten Jahre immer wieder auftraten, war das Institut ein Ort von politischem Engagement. Im Jahr 2008 drangen vermummte Gruppen mit Äxten und Knüppeln in das Präsidium der Universität ein, was zu erheblichen Schäden und Verletzungen führte. FU-Präsident Günter Ziegler bezeichnete den Vorfall damals als massiven Angriff auf die Universität. In den letzten Jahren gab es wiederholt ähnliche Vorfälle, bei denen Teilnehmer von Protestaktionen Räume der Hochschule besetzten, was häufig auch Polizeieinsätze nach sich zog. So leitete die Polizei im Mai gegen 80 Personen Strafverfahren ein, die bei einem Protest beteiligt waren, wie [polsoz.fu-berlin.de](https://www.polsoz.fu-berlin.de) berichtet.

Die Universitätsleitung hat derweil vorübergehende Maßnahmen ergriffen, um die Lehrveranstaltungen zu schützen, darunter die Verlagerung einiger Kurse in andere Räume oder die Aktualisierung auf Online-Formate. Die Hochschule beabsichtigt, den Dialog mit den Protestierenden fortzusetzen. Bislang wurden zudem keine antisemitischen Vorfälle beobachtet, was die Situation im Moment stabil halten könnte.

Details	
Quellen	• www.rbb24.de • www.polsoz.fu-berlin.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de